«Das wäre wie Planwirtschaft»

Medizinstudium Der Zürcher Professor Johann Steurer fordert radikale Massnahmen gegen den Ärztemangel. Fachleute sind uneins, ob seine Vorschläge den richtigen Weg weisen.

Marisa Eggli

Der Schweiz fehlen Ärztinnen und Ärzte – und wer sich ausbilden lässt, wird lieber Spezialist als Hausarzt. Foto: Getty Images

Johann Steurer, Zürcher Medizinprofessor und Ausbildungsexperte, will die Arztausbildung umkrempeln. Ginge es nach ihm, wäre sie kürzer, fokussierter – und nicht alle Studentinnen und Studenten könnten sich so spezialisieren, wie sie wollen. Vielmehr würde die Zahl der Ausbildungsplätze für die einzelnen Fachgebiete wie Gynäkologie oder Orthopädie anhand des Bedürfnisses in der Bevölkerung bemessen und vom Staat oder den Universitäten vorgegeben.

Steurer ist überzeugt, dass die Schweiz dem Ärztemangel so besser begegnen könnte. Dieser ist nach wie vor gross. Wie jüngste Zahlen zeigen, lassen sich im Kanton Zürich deshalb immer mehr ausländische Ärztinnen und Ärzte nieder.

«Wir müssen unbedingt mehr regulieren»

Steurer trifft mit seinem Anliegen einen wunden Punkt. So sind sich angefragte Fachleute einig, dass sich die medizinische Ausbildung ändern muss – doch Lösungen sehen sie verschiedene.

Am meisten Rückendeckung erhält Steurer aus der Romandie. Henri Bounameaux, ehemaliger Vorsteher der Medizinischen Fakultät in Genf und Vizepräsident der Akademie der Medizinischen Wissenschaften, teilt seine Analyse weitgehend. Bounameaux sagt: «Die Medizin in der Schweiz ist sehr gut, aber auch sehr teuer und ungenügend organisiert.» Er fordert: «Wir müssen unbedingt mehr regulieren, um den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen.»

Der Knackpunkt liegt für ihn aber nicht in erster Linie in der Länge des Studiums. Diese sei nötig, damit sich die Studenten entscheiden können, welche Richtung sie später einschlagen wollen. Viel wichtiger sei, die Ausbildungsplätze für die einzelnen Fachgebiete vorzuschreiben.

Ein Überschuss in einigen Gebieten und ein Mangel in anderen sei nutzlos für die Bevölkerung, welche die teure Ausbildung bezahle. Deshalb müssten die Kantone oder die Universitätsspitäler als Ausbildungsstätten die Anzahl Plätze vorgeben. Dann könne nicht jede und jeder die Wunschausbildung verfolgen – oder müsse sie selbst bezahlen. Für Bounameaux ist klar, dass man nur so dem Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten entgegenwirken kann. Diese seien heute so rar, dass man schneller einen Termin beim Spezialisten erhalte als beim Hausarzt.

Uni-Rektor Michael Hengartner (l.) und Werner Bauer. Fotos: PD

Henri Bounameaux und Jana Siroka. Fotos: PD

«Verständnis für andere nimmt ab»

Jana Siroka ist Steurers Vorschlägen gegenüber skeptisch. Sie arbeitet als Oberärztin auf dem Notfall der Zürcher Klinik Hirslanden und ist Präsidentin des Verbandes der Zürcher Spitalärztinnen und Spitalärzte. Sie findet, mit einem kürzeren Studium und einer früheren Fokussierung auf eine Fachrichtung werde der schon heute bestehende Spezialisierungsgrad noch stärker – damit nehme das Verständnis für komplex erkrankte Patienten und andere Fachgebiete ab.

Wenn das Studium noch stärker fokussieren solle, dann eher auf die Nähe zur Praxis, sagt Siroka. Sie plädiert dafür, das Studium näher an die Spitalpraxis heranzuführen, damit sich die Studentinnen und Studenten schneller ein Bild vom Beruf machen können.

In Österreich würden fast alle Studenten schon ab dem ersten Jahr nach Studienbeginn ein vierwöchiges Praktikum absolvieren. Nach zwei Jahren sei es dann zwingend vorgeschrieben und werde jedes Jahr wiederholt, erzählt Siroka. In der Schweiz kommt das viel später.

Der Rektor der Universität Zürich zeigt sich offen gegenüber Steurers Änderungsvorschlägen. Als Naturwissenschaftler sei er grundsätzlich interessiert, wenn Bisheriges überdacht werde, sagt Michael Hengartner. Und es sei gut, dass die Ideen aus dem Kreis der Medizin stammten. Für ihn sei wichtig, dass die Abschlüsse in Medizin weiter national und international anerkannt bleiben.

«Alles zu ändern, wäre ein enormer Aufwand»

Darin sieht auch Werner Bauer die Schwierigkeit eines deutlich kürzeren Studiums. Bauer ist Facharzt für innere Medizin in Küsnacht und Präsident des Schweizerischen Instituts für ärztliche Weiter- und Fortbildung. Die Minimaldauer des Studiums und der Weiterbildung für die Fachgebiete sei europaweit geregelt, sagt er. «Alles zu ändern, wäre ein enormer Aufwand.» Allerdings geht er mit Steurer einig, dass es überlegenswert sei, was man alles im Grundstudium lernen müsse.

Die Anzahl Ausbildungsplätze für die Fachrichtungen vorzuschreiben, sieht Bauer skeptisch: «Das wäre wie Planwirtschaft.» Dem Ärztemangel kann man aus seiner Sicht auf drei Arten begegnen: mit mehr Studienplätzen, neuen Arbeitsmodellen – und einem Überdenken, was der Arztberuf beinhalten sollte.

Fazit: Der Medizinprofessor Johann Steurer befeuert mit seinen Vorschlägen eine wichtige Diskussion, die bereits in vollem Gange ist. Die angefragten Fachleute halten eine Veränderung der Medizinausbildung und eine Debatte für dringend. Sie sehen jedoch verschiedene andere Schwachpunkte des Systems.

Nachrichten

Schuhhaus boykottiert Black Friday

Brüttisellen Die 36 Filialen des Schuhhauses Walder werden am «Black Friday» vom 29. November keine Sondervergünstigungen geben. Man wolle an dieser Rabattschlacht nicht mitmachen, teilt das Familienunternehmen mit. Dafür wird Walder an diesem Tag pro verkauftes Paar Schuhe fünf Franken an die Winterhilfe Schweiz spenden. *(sch)*

Defekter Dieselfilter sorgt für Sperrung

Steinhausen Am Donnerstag kurz vor 17 Uhr musste die Knonauerstrasse wegen einer Ölspur gesperrt werden. Ein Lieferwagen hatte zuvor wegen eines defekten Dieselfilters Öl verloren. Der 30-jährige Lenker hatte dies bemerkt und sein Fahrzeug abgestellt. Die Strasse wurde von Equipen der Feuerwehren Steinhausen und Knonaueramt Süd gereinigt. Gegen 20 Uhr konnte die Strasse wieder freigegeben werden. *(sch)*

Schwerverletzter bei Streit im HB

Zürich Bei einer Auseinandersetzung im Shop-Ville im Hauptbahnhof ist am Donnerstag gegen 17 Uhr ein 45-Jähriger schwer verletzt worden. Er musste mit dem Krankenwagen ins Spital gefahren werden. Der mutmassliche Täter, ein 24-jähriger Portugiese, wurde von Passanten bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Die Hintergründe der Tat sind noch unklar. *(sch)*

27-jähriger Sprayer festgenommen

Hüntwangen Die Kantonspolizei hat einen 27-jährigen Schweizer aus dem Bezirk Dielsdorf verhaftet und befragt. Aufgrund von Ermittlungen steht er im Verdacht, im September diverse Wände und Objekte in Hüntwangen, unter anderem im dortigen Amphitheater, versprayt zu haben. Der Sachschaden beträgt rund 3000 Franken. *(sch)*

Gemeinde stimmt über Parlament ab

Thalwil Am 17. Mai 2020 wird die Gemeindeversammlung über die Einführung eines Parlaments abstimmen. Das Vorhaben ist schon dreimal gescheitert. Thalwil ist mit 18 000 Bewohnern die viertgrösste Zürcher Gemeinde mit Versammlungsdemokratie. Gemeindepräsident Märk Fankhauser (FDP) hat sich bereits dagegen ausgesprochen. *(pu)*

Sechs Jahre Freiheitsstrafe für ungarischen Zuhälter

Bezirksgericht Zürich Die Richter folgen dem Staatsanwalt. Nur von der Prangerstrafe sehen sie ab.

Ein ungarischer Zuhälter muss eine sechsjährige Freiheitsstrafe absitzen. Dies hat das Bezirksgericht Zürich gestern verkündet. Der Mann hatte 2014 mehrere Frauen nach Zürich gebracht und dazu gezwungen, sich an der Langstrasse zu prostituieren. Das Geld der Freier hat er den Frauen jeweils abgenommen.

Die Förderung der Prostitution erachtete das Gericht aber nicht als schwerstes Delikt. Hauptsächlich wird der 46-Jährige dafür bestraft, dass er eine der Frauen, die er in die Schweiz brachte, vergewaltigte und mehrere Frauen sexuell nötigte. Gemeinsam mit dem Vergewaltigungsopfer, einer heute 26-jährigen Ungarin, erpresste der Mann ausserdem einen älteren Schweizer. Der Zuhälter wurde dafür wegen Erpressung, die 26-jährige Frau wegen Gehilfenschaft verurteilt.

Der Zuhälter hatte einen Freispruch verlangt. Es sei alles ein Komplott gegen ihn, es seien Beweise gefälscht worden und die Frauen würden sich an ihm bereichern wollen. Damit konnte er das Bezirksgericht nicht überzeugen: «Ein Komplott ist für uns nicht ersichtlich», sagte der Vorsitzende Richter.

Mit dem Verdikt einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren folgte das Gericht dem Staatsanwalt Andreas Popow.

Keine Publikation in Ungarn

Dafür lehnten die Richter einen Antrag Popows ab, der im Vorfeld für Aufsehen gesorgt hatte. Popow verlangte, dass das Urteil in einer auflagenstarken Boulevard- oder Gratiszeitung in Budapest als Inserat publiziert werde – mit vollem Namen des Beschuldigten. Damit wollte er weitere potenzielle Opfer vor dem Zuhälter schützen. Popow bezog sich auf den Artikel 68 im Strafgesetzbuch. Dieser sieht die Publikation eines Urteils als Massnahme vor, wenn es im öffentlichen Interesse ist. Der Artikel wird seit Jahrzehnten kaum mehr angewendet.

Eine Publikation sei nicht im Interesse der Opfer, sagte das Bezirksgericht. Zudem könnte der Täter das Zeitungsinserat gar für sich verwenden. Bereits in der Vergangenheit schüchterte er seine Opfer mit einem Zeitungsartikel ein. Der Mann war vor Jahren wegen Drogen verurteilt worden. Eine Zeitung hatte über den Fall berichtet.

Genugtuung an die Opfer

Der Zuhälter wird vom Gericht verpflichtet, an drei seiner Opfer Genugtuungen zwischen 3000 und 30 000 Franken zu bezahlen. Ausserdem muss er zwei Prostituierten einen Teil des Erlöses ihrer Arbeit zurückzahlen, den er ihnen abgenommen hatte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Corsin Zander

ANZEIGE

BETHANIEN
Privatklinik

Öffentlicher Vortrag
Donnerstag, 28. November 2019
18.00–19.00 Uhr

BEHANDLUNG VON CHRONISCHEN SCHMERZEN

Dr. med. Roland Schreiber

Ort: Toblerstrasse 51, Zürich
Anmeldung: Tel. +41 43 268 70 70
oder reception@klinikbethanien.ch
Ihre Teilnahme ist kostenlos

www.klinikbethanien.ch